

Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Hof und Scholle“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Betit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabat. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenverkehr und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeitragen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 151.

Dienstag, den 20. Dezember 1927.

20. Jahrgang.

Reich's Ehr und Wohlstand erben,
Aber schwer, sie zu erwerben,
Ein bezugliches Genießen,
Das ererbtem Gut entsprehen,
Mag der Wnner lange Reihe
Und der Brutt der Enkel haben,
Doch dem Leben rechte Weihe
Kann nur eignes Schaffen geben.

Denkschrift zur Wohnungsnot.

Der Reichsarbeitsminister hat dieser Tage Reichstages eine ziemlich umfangreiche Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung zu lesen lassen. Die Denkschrift macht sich die Ergebnisse der letzten statistischen Erhebungen über den Umfang der Wohnungsnot zu eigen, nach denen etwa 500 000 Wohnungen fehlen. Wenn die Denkschrift der Reichsregierung auch wertvolles Material enthält, so fehlt doch das dringend notwendige Bauprogramm auf weite Sicht! Die Notwendigkeit eines solchen Programms wird zwar auch von der Reichsregierung nicht verkannt, doch glaubt sie, wegen der unübersichtlichen Entwicklung der Konjunktur zunächst ein solches Programm nicht aufstellen zu können. Das Reichsarbeitsministerium steht auf dem Standpunkt, es gegenwärtig wichtiger ist, allgemein fehlenden, wieviel Wohnungen mit den bereitgestellten Mitteln, deren Höhe für einen bestimmten Zeitraum sich überlegen läßt, erreicht werden können, und die Vorbereitungen zu treffen, die es ermöglichen, bei flüssigerem Kapitalmarkt und größerem Angebot auf dem Arbeitsmarkt durch eine stärkere Veranlagung privaten Kapitals den Wohnungsbau auszuweiten.

Unbewußter wäre es also gewesen, wenn im Hinblick auf die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung, die das gesamte Baugewerbe in Deutschland beansprucht, die Herstellung von Wohnungen als das vornehmste Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zum Abbau der für alle Teile leidigen Zwangswirtschaft gegenwärtig als das Kernstück in der schwankenden Konjunktur angesehen würde; denn recht treffend weist auch die Denkschrift darauf hin, daß in der Vorkriegszeit das gesamte Baugewerbe als Erzeugnis bzw. Durchgangsstation von rund 30 v. H. der gesamten industriellen Gütererzeugung erschienen ist. In der unmittelbar folgenden Vorkriegszeit sind in der Vorkriegszeit etwa 3 Millionen Menschen allein im Baugewerbe beschäftigt.

Daraus geht hervor, daß ein langfristiges Bauprogramm die deutsche Wirtschaftsentwicklung und den Arbeitsmarkt erheblich beeinflussen und wesentlich zu einer weiteren Besserung der Wirtschaftslage beitragen muß. Ohne ein langfristiges Bauprogramm können Baustofflieferanten und auch der Arbeitsmarkt keine langfristigen Maßnahmen treffen. Schon eine Baustofffabrik setzt sich der Gefahr aus, die Kosten einer Rationalisierung oder Betriebsverbesserung auf sich zu nehmen, ohne zu wissen, ob im nächsten Jahre der Betrieb im vollen Umfang ausgenutzt werden kann.

Freilich hängt der Wohnungsneubau eng mit der Finanzierung zusammen. Das Kernstück der Wohnungsbaufinanzierung bildete bisher die Bereitstellung von Hypotheken aus der Hauszinssteuer zu niedrigem, aber elastischem Zinsfuß. Ob diese Methode auch für die Zukunft beibehalten werden kann, ist noch fraglich. Trägt dieser Umstand schon zur Unsicherheit bei, so gilt das erst recht von der im laufenden Baujahr in Erscheinung getretenen Stellung der Wohnungsbaufinanzierung durch die Pfandbriefbanken. Die Sparbanken und Versicherungsanstalten vermöchten dagegen die von ihnen vorgegebene Bekämpfung des Wohnungsneubaus mit Hypotheken an erster Stelle in dem geplanten Umfange voll vorzunehmen, aber darüber hinaus bewegte sich die Finanzierung mit den unzulänglichen Mitteln verlängertem Zinseszins zu diesem überaus hohen Zinsfuß. Die hohen Zinssätze einmal, zum anderen die hart gestiegenen Baupreise bringen es mit sich, daß gegenwärtig die Neubauarbeiten ohne eine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln auf mindestens 200 Proz. der Miete einer entsprechenden Wohnung in der Vorkriegszeit sich stellen würden. Erst durch den Einsatz öffentlicher Mittel stellen sich die Mieten der

Neubauten auf 150 bis 170 Proz. einer entsprechenden Friedensmiete. Gegenüber den Baustufen des Jahres 1913 lagen die Baustufen im Juli 1924 um 25 Proz., und im Juli 1927 um rund 75 Proz. über den Friedenspreisen!

Hinsichtlich der Frage der Mieterhöhung bemerkt die Denkschrift, daß eine gewisse Anpassung der gesetzlichen Miete und der Neubauarbeiten an die allgemeine Preislage unter Aufhebung der Zwangswirtschaft vorausgehen müsse, da sonst beim Uebergang in die freie Wirtschaft schwere wirtschaftliche, soziale und politische Erschütterungen eintreten können. Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, daß die Miete heute wieder einen bevorzugten Platz in den Ausgaben für den notwendigen Lebensunterhalt einnimmt. Weitere Mieterhöhungen müßten selbstverständlich auch größere Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Wohnpolitik ausüben. Unter Berücksichtigung aller Verhältnisse kommt deshalb die Denkschrift des Reichsarbeitsministers zu dem Schluß, daß in absehbarer Zeit an eine neue Erhöhung der Mietätze nicht zu denken ist! Das Urteil über die Wohnungsdenkschrift des Reichsarbeitsministers kann also dahin zusammengefaßt werden, daß die Denkschrift wertvolles Material für die Lösung der Wohnungsfrage beibringt, die Bekämpfung der Wohnungsnot jedoch dem neu zu wählenden Reichstag als dringlichste Aufgabe überläßt.

Hilfsaktion für Ostpreußen.

Gemeinsame Sitzung der Reichs- und preussischen Staatsregierung. — Vorbereitende Chefbesprechungen. — Eine großzügige Hilfsaktion geplant.

Am Mittwoch findet in Berlin unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine gemeinsame Sitzung des Reichskabinetts und der preussischen Regierung statt, in der eine Entscheidung über das Hilfsprogramm für Ostpreußen getroffen werden soll. Zur Vorbereitung der Sitzung fanden am Montag Chefbesprechungen statt, ferner am Dienstag Sonderberatungen der beteiligten Ministerien.

Wie verstanden, ist eine großzügige Hilfsaktion für die durch die Abkürzung vom Mutterland arg geschädigte Ostmark geplant. Reich und Preußen sind der Ansicht, daß die Verhältnisse in Ostpreußen sich unter den Auswirkungen des Korridors immer kritischer gestalten und Hilfsmaßnahmen unerlässlich sind! Im Zusammenhang mit diesen Plänen unternahm Reichsaußenminister Dr. Stresemann Ende voriger Woche eine Reise nach Königsberg, wobei der Außenminister mit Vertretern der Behörden, der Wirtschaft und Bevölkerung Besprechungen hatte, die sämtlich deutlich die Notlage des deutschen Ostens klarstellten.

Ueber die Einzelheiten des Hilfsprogramms wird zunächst Stillschweigen bewahrt, doch scheint man in erster Linie an

finanzielle Hilfsmaßnahmen großen Umfanges zu denken. Da derartige Beträge natürlich nicht mehr im Reichshaushalt unterzubringen sind, wird u. a. auch die Auflegung einer Anleihe für diese Zwecke erwogen. Entscheidungen sind jedoch bisher noch nicht gefallen. In der weiteren Bearbeitung des Hilfsprogramms nimmt besonders auch die im Reichsministerium neu geschaffene Stelle für Ostpreußen einen Anteil. Da der Leiter dieser Abteilung, Ministerialdirektor Dammann, das Material über die ostpreussische Frage bereits gründlich vorbereitet hat, ist preussische Seite bereits gründlich vorbereitet, um auf diese Frage zu rechnen, daß schon die Mittwoch-Sitzung der Reichs- und der preussischen Staatsregierung zu positiven Ergebnissen führt.

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Stresemanns Bericht über Genf. — Graf Bernstorff referiert über die Abrüstungsverhandlungen.

Am Montag trat im Reichstag der Auswärtige Ausschuss zusammen. Auf der Tagesordnung standen drei Punkte: 1. Genfer Verhandlungen, 2. Entwurf eines Gesetzes betr. Ueberentkommen und Statut über die internationale Rechtsordnung der Seeflächen, 3. Auswanderungsfrage. In Anwesenheit vieler Vertreter der Länder und zahlreicher Abgeordneter ergriff zunächst Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann das Wort. Dr. Stresemann gab eine ausführliche Darstellung aller Probleme, die bei der Genfer Zusammenkunft Grundlage der Besprechungen waren. Graf Bernstorff sprach alsdann in seiner Eigen-

schaft als Vertreter der Weisungsregierung in der Vorbereitung der Abrüstungskommission über den Stand der Abrüstungsfragen. Hierauf folgte eine Aussprache, an der Vertreter verschiedener Parteien teilnahmen. Die Beratungen waren wie üblich vertraulicher Natur.

Parteidiktatur in Moskau.

Massenausschluß aus der kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Die Gegensätze in der russischen kommunistischen Partei erfahren durch die letzten Vorgänge in Moskau eine grelle Beleuchtung. Dem Ausschluß Sinowjens und Trotzki ist jetzt ein Massenausschluß gefolgt, wie er in diesem Umfange einzig dasteht! Der Parteitag der kommunistischen Partei der Sowjetunion nahm eine Entschlieung an, durch die 75 Mitglieder der Opposition sowie 23 der Gruppe „Sapronow“ aus der Partei ausgeschlossen werden. Die Opposition war in letzter Stunde zu einem Einlenken bereit, verlor sie doch mit dem Ausschluß unter den in Rußland herrschenden Verhältnissen jede politische Wirkungslosigkeit.

Trotzki und Sinowjen

erklärten sich in einem Brief bereit, sich den Parteibeschlüssen zu unterwerfen, hielten jedoch im übrigen an ihren Anschauungen fest. Davon wollte der Parteitag jedoch nichts wissen; er verlangte einen regelrechten Widerruf. Unter den Ausgeschlossenen befinden sich frühere Volkskommissare, bekannte Diplomaten und Agitatoren, so z. B. der in Deutschland nicht unbekannt Madet, der frühere Bolschewist in Paris Katsowki, Kamenev und zahlreiche andere. Die Parteifürsorge werden aufgefordert, die Organisation radikal von „unverbesserlichen Elementen“ zu reinigen, sollen gleichzeitig aber auch Schritte machen, die Ausgeschlossenen von der Torheit ihrer Politik zu „überzeugen“. Soll das durch geistige Waffen geschehen oder wird man zu den von der früheren Diktatura beliebten Mitteln seine Zuflucht nehmen?

Frankreich verhandelt mit Washington.

Schwerer Abbruch eines französisch-amerikanischen Antikriegspaktes erwartet.

Briand's Bemühungen, mit den Vereinigten Staaten zu einem Friedenspakt zu gelangen, scheinen nun doch Erfolg zu haben. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Staatssekretär Kellogg dem französischen Vorschlag den

Entwurf eines „Abkommens zum ewigen Frieden“ überreicht. Nach der amerikanischen Presse besteht der Entwurf aus vier Abschnitten. Der erste soll die vertragsschließenden Nationen verpflichten, teilsfalls einander anzugreifen, Krieg zu erklären oder Truppen in des Vertragspartners Hoheitsgebiet zu entsenden, reserviert aber ausdrücklich das Recht der Verteidigung im Falle eines Angriffs. Der zweite Abschnitt bestimmt, daß politische Differenzen dem Schiedsverfahren unterworfen werden sollen. Abschnitt 3 beschäftigt sich mit dem Wesen und der Anwendung des Schiedsverfahrens. Der letzte Abschnitt begrenzt die Kompetenz des schiedsgerichtlichen Körpers und stellt fest, daß Fragen innenpolitischer Natur nicht Gegenstand von Verträgen bilden sollen, wobei Zolltarif- und Einwanderungsbestimmungen ausdrücklich ausgeschlossen werden.

In politischen Kreisen hat Amerika etwas plötzliches Entgegenkommen an Frankreich einigermaßen überrascht. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich deshalb genötigt, der Presse eine Mitteilung zu übergeben, nach der der Vertragsentwurf keine Sonderbestimmungen enthält. Die Vereinigten Staaten sind vielmehr bereit,

mit anderen Mächten ähnliche Verträge abzuschließen. Die Unterzeichnung des Abkommens ist bereits für den 6. Februar 1928, dem Tage des Ablaufs des französisch-amerikanischen Schiedsvertrages, in Aussicht genommen worden.

Senator de Jouvenel zur Kriegsschuldfrage.

Ein bemerkenswertes Eingeständnis. — Kein Volk Europas hat den Krieg gewollt!

Auf einem Banquet der französischen Völkervereinigung hielt Senator de Jouvenel eine Rede, in der er für die Stärkung des Völkerverbundes eintrat und ausführte, wenn man vorwärts kommen wolle, so scheine die Kontroverse über die Kriegsschuldverteilung kein wertvolles Aktionsmittel zu sein. Aus dieser Debatte ergab sich aber, daß man jedenfalls sagen könne, daß kein Volk Europas den europäischen Krieg erwollt habe. Man habe

krieg geführt, weil das Kriegsjahr bereit gewesen sei. Wenn man den Frieden wollte, dann müsse man das Friedensinstrument vorbereiten, wie der Völkervertrag ein solches darstelle, und nichts könnte dies besser vorbereiten als ein obligatorischer Schiedsgerichtsvertrag. Deutschland, das diese Notwendigkeit empfunden habe, habe den Weg gezeigt, daß es das Schiedsgerichtsabkommen unterzeichnet habe.

Vernehmung Ehrhardts.

Seine Beziehungen zu den „Willing“-Gruppen. — Freilassung der in Berlin Verhafteten.

Kapitän Ehrhardt begab sich von seinem Gut in Medienburg nach Berlin und meldete sich auf dem Reichspräsidenten zur Vernehmung in der Angelegenheit des Vorgehens der preussischen Behörden gegen angeklagte Willinggruppen in Mitteldeutschland. Die Vernehmung dauerte mehrere Stunden. Im Anschluß daran wurden die in Berlin Verhafteten nach einem nochmaligen Verhör sämtlich wieder auf freien Fuß gesetzt.

Über eine Entlassungnahme zu der von Magdeburg ausgehenden Aktion äußerte sich Ehrhardt bei der Polizei dahin, daß in Preußen mit seinem Einverständnis und seinem Wissen keine „Willing“-Gruppen mehr beständen. Den Vorbehalt der Kriminalkommissare, daß die in Magdeburg und an anderen Stellen angelegten Ermittlungen einen gegenteiligen Schluß, nämlich, daß der „Willing“ im geheimen weiter bestünde, zuteilnehmend beantwortete Ehrhardt unter Hinweis auf seine gegebenen Befehle und Rundschreiben mit der Erklärung, daß es sich dann nur um selbständige Handlungen ehemaliger Willinger handeln könne, für die er die Verantwortung ablehne.

Wie verlautet, ist die Gruppe in Magdeburg von einem Sohn des bayerischen Generalmajors Weninger gegründet und geleitet worden. In Magdeburg sollen 24 Mitglieder der Gruppe angehört haben, in der näheren Umgebung drei und in der weiteren Umgebung zehn. Ehrhardts Bureau in Berlin, das nach den Darstellungen von der Polizei besiegelt worden war, ist wieder freigegeben worden.

Neue Verhandlungen im Eisentonsfikt.

Der Schiedspruch von allen Instanzen abgelehnt. — Vor der Verbindlichkeitsklärung.

Auf Einladung des Reichsarbeitsministers findet am Dienstag eine neue Besprechung mit der Schwerindustrie und den Vertretern der Gewerkschaften statt. Die Aussichten für eine Verständigung sind äußerst gering. Für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen ist mit der umgehenden Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs zu rechnen. Außer von den Arbeitgebern ist der Schiedspruch nunmehr auch von den Gewerkschaften abgelehnt worden. Die Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes und der Christlich-Demokratischen Gewerkschaften Deutscher Metallarbeiter haben, wie die Eisenindustrie, den Lohn- und den Arbeitszeitstreik abgelehnt, der Christliche Metallarbeiterverband hat den Lohnstreik abgelehnt, den Arbeitszeitstreik dagegen angenommen.

Verständigung mit Deutschland.

Das außenpolitische Programm der französischen Sozialisten. — Räumung des Rheinlandes und Rückgabe des Saargebietes.

Der Führer der französischen Sozialisten, Léon Blum, beschäftigt sich in einem Artikel mit dem außenpolitischen Programm der Partei und fordert, durch die Räumung des Rheinlandes normale Beziehungen zu Deutschland zu schaffen! Zwar kann sich auch Léon Blum nicht mit dem Gedanken einer Aufhebung der Besetzung ohne Gegenleistungen vertraut machen, er will jedoch mit gleichem Maß messen, empfiehlt die Kontrolle des Rheinlandes — der Französischen Grenzzone! Eine Veruppelung der Damesfrage mit der Besetzungsangelegenheit wird

Die Efelreiterin.

11) Roman von Harry Sheff. Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Als sie aus der Höhle trat, hatte der Sturm an Heftigkeit zugenommen, und in Wälsen fiel der Schnee so dicht und die Augen so blendend, daß sie langsam tastend vorwärtschreiten mußten, zumal die Laterne durch die Gewalt des Windes ihres Lichtes verlustig gegangen war.

Endlich befanden sie sich unter Dach und Fach. Heißer Kaffee und ein duftender Buchweizenkuchen standen für Sam bereit. Er ließ sich jetzt nicht lange nötigen, sondern aß und trank mit dem Behagen eines Menschen, der seinen Appetit auf eine harte Probe gestellt hat. Während er seine Mahlzeit einnahm, erkundigte sich Bob bei ihm nach den Neuigkeiten, die er in den Bergen erfahren. Viel Erfreuliches wußte Sam jedoch nicht zu berichten. Unzufriedenheit und Enttäuschung auf allen Wegen. Ueberall rißte man zum Verlassen der Holzgräberlager, in denen man sich nicht vom Winter überlassen lassen wollte.

„Wenn es in Murray so toll zugeht und sich so viel hungriges Volk dort herumtreibt“, rief Bob, „da hat wohl der Sheriff alle Hände voll zu tun?“

„Ihr meint Sheriff Johnston?“ fragte der Haarer, indem er seine Pfeife stopfte.

„Ja, natürlich den alten Graubart Johnston. Oh, ich kenne ihn sehr gut; ein Original des Wilden Westens und nebenbei der beste Schütze, der jemals in den Rocky Mountains eine Büchse getragen.“

„Ist Sheriff Johnston gegenwärtig in Murray?“ fragte Alanagan, aus dem Hintergrunde des Zimmers voriretend, „oder streift er seiner Gewohnheit gemäß durch die Berge?“

„Wie ich bin von Murray gebrochen auf“, antwortete der Jude, „ist er noch gewesen in der Stadt, aber er hat sich gerade zu dieser Zeit fertig gemacht, seinen vornehmen Gast zu führen in die Wildnis, um ihm zu zeigen, wie der Stumpeder und der Prospektor

angekommen. Weiter wird die sofortige Räumung des Saargebietes und die Vergrößerung des — allerdings riesigen — französischen Heeres- und Rüstungsapparates verlangt.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 20. Dezember 1927.

— Reichspräsident v. Hindenburg empfing den österreichischen Gesandten Dr. Franz, der dieser Tage wieder nach Berlin zurückgekehrt ist.

— In Berlin fand eine Konferenz der Arbeiter-Internationale statt, an der die nordosteuropäischen Gruppen teilnahmen.

— Kundgebung für Banerova. Im früheren Herrenhaus in Berlin fand eine Kundgebung für den panamerikanischen Kontinent statt, der bekanntlich in dem Zusammenschluß der europäischen Staaten nach dem Vorbilde der Vereinigten Staaten von Amerika gipfelt. Nach Ansprachen des Reichsministers A. D. Koch, der Frau v. Kardorff und des Abgeordneten v. Grafmer sprach der geistige Vater der Bewegung, General Goudonov-Kalergj. Wieder erklärte die Erneuerung der Vorkriegspolitik bedeute die Wiederkehr des Krieges. Die europäische Landwirtschaft müsse soweit geschützt und entwickelt werden, daß sie Europa ernähren könne.

— Das Programm der Bayerischen Volkspartei. Prälat Leicht, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, erklärte in einer programmatischen Rede auf der Landesversammlung in Murnau, die Parole für die kommenden Reichstagswahlen laute: für die konstitutionelle Schule, für die Selbstständigkeit Bayerns und für die Freiheit des deutschen Vaterlandes.

— Errichtung einer Völkerbundliga in Danzig. In einer Versammlung zahlreicher Vertreter aus dem politischen, geistigen und wirtschaftlichen Leben Danzigs wurde eine Danziger Liga für Völkerverbund ins Leben gerufen. In einem Aufruf wird auf die dringende Notwendigkeit der Errichtung einer Völkerbundliga für die Stadt Danzig hingewiesen.

Rundschau im Auslande.

— Die französische Regierung hat das Einfuhrverbot für englische Kohle aufgehoben.

— Auf einer Kundgebung der französischen Völkerbundliga forderte Douhaeur Maßnahmen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit der Wirtschaft.

— Durch eine Einkommensteuerreform sind in Spanien sämtliche Steuerräte herabgesetzt worden.

Debatte über die Freigabevorlage.

— Das amerikanische Repräsentantenhaus eröffnete die Beratung der Vorlage über die Freigabe des während des Krieges beschlagnahmten deutschen Vermögens. Ausschussvorsitzender Green verlas einen längeren Bericht. Die zweite und dritte Lesung der Vorlage dürfte in den nächsten Tagen stattfinden.

Schluszdienst.

— Noch keine Entscheidung über die Neuwahlen in Preußen.

— Berlin, 20. Dezbr. Wie amtlich mitgeteilt wird, entnehmen die von einzelnen Zeitungen veröffentlichten Nachrichten, die preussische Regierung habe beschlossen, den Termin für die Landtags-, Provinziallandtags- und Kommunalwahlen auf den 18. März oder 22. April anzusetzen, jeder Begründung. Wäher ist ein Beschluß über den Termin der Wahlen noch nicht gefaßt worden.

Verurteilung im Arensdorfer Prozeß.

— Berlin, 20. Dezbr. Der im Arensdorfer Prozeß vor 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilte Landwirt Paul Schmelzer, der Vater des Hauptangeklagten, hat gegen das Urteil Revision eingelegt. Mit weiteren Revisionsanträgen wird nicht gerechnet.

es treifen auf ihren Claims. „Nu, ich mein“, Sheriff Johnston ist der rechte Mann dafür und gibt ab einen prächtvollen Führer in den Bergen.“

Alanagan blickte überrascht auf, ein erstaunter Blick seiner glitzernden, dunklen Augen flog zu dem Schotten hinüber, der seinerseits gleichfalls aufmerksam geworden war und den Oberkörper weit über den Tisch, an dem er und der Jude saßen, zu letzterem hinüberbeugte.

„Was erzählt Ihr da, Sam“, rief er, „der Sheriff beherrschet in seinem Hause zu Murray einen vornehmen Gast? Wer ist's? Und was will der Mann in den Mountains?“

„Was weiß ich, was jener hat im Sinn! Ein grausam reicher Mann soll er sein aus England — gar ein Graf, ein Fürst — nein, wie nennen sie ihn? — ein Lord, ja, ein Lord. Ich habe ihn gesehen, wie er ist getreten aus des Sheriffs Haus. Er ist noch jung, der Herr Lord. Wie sagt ich, lung, ein Jüngelchen, mit blonde Haar und ganz ohne Bart, aber schlank gewachsen und Augen im Kopf. Augen — zwei Glammen, welche durchdringen die Nacht, aber doch gültige Augen, haben sie doch gesehen auf mich so gut, so — nu, ich will sagen, melleblich, wie der Herr Lord haben mir abgekauft von meiner Ware und mich befragt nach meinem Handel und Verdien.“

Des schottischen Baronets hatte sich während des von Samuel Goldstein in singendem Ton vorgetragenen Berichtes eine eigentümliche Unruhe bemächtigt, mit nervösem Beben wühlte seine Rechte in dem roten Vortie, während die andere Hand die kurze Tonpfeife hielt, die den Lippen entsunken war. Als der Pöbel schwieg, fragte er mit schlecht erheucheltem Gleichmut:

„Dieser Lord ist offenbar einer dieser abenteuerlustigen Engländer, welche auf dem ganzen Erdennord zu finden sind und die ihre Nase in alles stecken. Habt Ihr vielleicht gehört, Sam, wie der Mann heißt?“

„Gewiß habe ich seinen Namen gehört, zehndubend Male, man spricht doch von ihm, dem Herrn

ausweisung von Neuwahlen in Mecklenburg-Strelitz. — Mecklenburg-Strelitz, 20. Dezbr. Auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Leipzig, der die letzten Wahlen in Hefen, Hamburg und Mecklenburg-Strelitz für ungültig erklärte, hat die Regierung für den 29. Januar neue Landtagswahlen beantragt. Das weitere überträgt die Regierung in einer Bekanntmachung die Bestätigung des Landtages, bis der neu zu wählende Landtag versammelt ist. Dem Landesauswahlgremium, der von dem auf Grund der Wahl vom 8. Juli 1923 gewählten Landtag bestellt war.

— Untersuchungen in der Stadthauptkass Baldeburg. — Baldeburg, 20. Dezbr. Bei der Stadthauptkass Baldeburg sind Veruntreuungen aufgedeckt worden: es handelt sich um eine Summe von etwa 9000 Mark. Der Kassierer der Stadthauptkass, ein 35-jähriger Beamter ist flüchtig.

— Die Besatzung des gesunkenen U-Bootes. New York, 20. Dezbr. Nach Mitteilung von zuständigen Stellen beläuft sich die normale Besatzung des gesunkenen Unterseebootes „S 4“ auf 42 Mann, und zwar 4 Offiziere, 5 Bedienstete und 33 Matrosen. Das Unterseeboot, das von Lieutenant Commander W. St. Jones besetzt wurde, ist im August 1919 vom Stapel gelassen. Es verdrängte in aufgetauchtem Zustand 876, in getauchtem Zustand 1092 Tonnen.

Die U-Boot-Katastrophe.

— Noch mehrere Mann im gesunkenen Boot am Leben? — Herstellung einer Klopff-Verbindung.

New Yorker Meldungen zufolge, hat die furchtbare Katastrophe des amerikanischen Unterseebootes S. 4, das auf der Höhe von Woodend von dem zum Küstenschutz gehörenden Zerstörer „Paulding“ gesammelt wurde und samt, allenthalben tiefe Verdaueris ausgelöst.

Wie neuerdings verlautet, gelang jetzt Zandern die Herstellung einer Klopff-Verbindung und eine Verständigung durch Morsezeichen mit der Besatzung des Bootes. Sie stellten fest, daß mindestens sechs Mann im Torpedorum des U-Bootes, das in 35 Meter Tiefe vor der Küste von Massachusetts liegt, lebend eingeschlossen sind. Diese lagten über achtzig Meilen, meldeten aber, daß im Innern des Schiffes glücklicherweise keinerlei Gase auftraten.

Daraufhin stellten die Taucher die Verbindung mit der Oberfläche her, und Lufttanks pumpten frische Luft ein. Die Rettungsarbeiten werden jetzt mit allergrößter Eile fortgesetzt, da sich die Zeit, die sich die eingeschlossenen noch halten können, nur noch nach Stunden zählt. Neue Lebenszeichen hat man jedoch seitdem nicht mehr erhalten können.

Von einem zur Untersuchung des gesunkenen Unterseebootes S. 4 heruntergelassenen Taucher, der das Boot genau untersucht hat, wird berichtet, das in das Unterseeboot gestohene Loch sei größer, als das in dem vor zwei Jahren von der „City of Rome“ gesammelten Unterseeboot S. 51. Das Loch befindet sich mittig links an der Steuerbordseite innerhalb des Kommandoturns. Nach seiner Ansicht könnten noch lebende Personen nur im hinteren Teil des Schiffes sein.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 20. Dezember 1927.

× Die Landesverwaltung (Landeshauptmann in Hessen, Kassel) teilt uns mit: Der Landesausschuß befaßte sich in seiner Dezemberitzung am 14. und 15. Dezember 1927 unter anderem mit folgenden Angelegenheiten:

Lord, in allen Salons in Murray, aber es ist ein Unglück, was ich hab für ein miserables Gedächtnis hat so gebildete Namen. Warten Sie — wie war es doch? Ba — ba — der Lord heißt Baruch — nein, Balur — „Balmur“ flüsterte Bob in heiserem Tone „Percy Balmour vielleicht?“

„Auch nicht ein Buchstab anders“, stieß Sam freudig überaus hervor. „Percy Balmour, so wahr ich leb — das ist der Name des Lords.“

Der Schotte erlebte. Langsam erhob er sich. Lauernd suchten seine Wilden Alanagan, dann schaltete er auch zu Georg hinüber, als wollte er sich vergewissern, daß dieser den eben genannten Namen des Lords nicht vernommen. Bob durfte in dieser Beziehung ganz beruhigt sein, Sobald sah am Hofen Frau Hedwig gegenüber, und sie waren in ein Gespräch über die deutsche Heimat so vertieft, daß sie auch nicht ein Wort von dem gehört, was am Tisch verhandelt worden war.

Da ergriff Hedwig die Hand des deutschen Landesherrn.

„Georg“, sagte sie weich, und ihre Augen suchten und fanden die des Malers, „Georg, ich wünschte, Sie besaßen morgen dieses abenteuerliche Leben und kehrten morgen nach Hause zurück.“

Der junge Künstler erzitterte leicht, als ihre stierberheische Hand die seine umklammerte und ihre Worte wie eine innige, aus tief bewegter Seele emporkommene Bitte sein Ohr erreichten.

„Weshalb soll ich gehen, Frau Hedwig?“ fragte er. Die Erregung erröte beinahe seine Stimme. „Weshalb wollen Sie mich aus Ihrer Nähe verbannen? Und Sie wissen doch, nicht wahr, Sie wissen es, daß es mich glücklich macht, Ihnen und dem Kinde nahe sein zu dürfen.“

Alanagans Weib zog heftig ihre Hand zurück.

(Fortsetzung folgt.)



Zur Bequemlichkeit unserer
auswärtigen Kundschaft ist
unser Haus bis Weihnachten
durchgehend
geöffnet.

Verstärktes Personal sorgt für
aufmerksame Bedienung
und schnelle Abfertigung

LEONHARD T I E T Z AKTIEN-GES.

Gemischter Chor
„Niederträgen“
Donnerstag abd. 1. u. 9 Uhr
Gefangstunde
Der Vorstand.

Suche für Januar oder
Februar

Mädchen

von etwa 19-21 Jahren
für Haus u. Küche.
Frau G. Salzman.
Weisungen.

Ob Stadt oder Land
Jedermann bevorzugt zur
Haarpflege

Jo - Hu

Kopf- u. Haarpulver.
Nach den neuesten Erfah-
rungen hergestellt, daher un-
überbrosen.

Verkaufsstelle:

Spangenberg
C. Entzert
Damen- u. Herrensalon

Weihnachts-Angebote

von großer Preiswürdigkeit
die zum Feste Freude bereiten.

Damen-Mäntel r. Wolle, Titman u. Flauch 45.- 36.- 25.- 15.-	9.75	Einknöpff-Anzüge gefeilt gute Qualität alle Größen u. Größen	6.50
Kinder-Mäntel mit u. ohne Pelzbesatz 20.- 15.- 12.- 8.-	4.90	Oberhemden Erfolose und gepfeilt weiß und farbig.	3.90
Kinder-Pullover reine Wolle u. plattiert ein- farbig und gemultert	1.50	Selbstbinder große Auswahl in Seide und Kunstseide	98
Betten, Pullover f. Damen in neuen Farben reine Wolle	6.50	Erfolshemden farbige u. gestr. Einfähe	1.95

Nützen Sie die letzten Tage aus -
zum Einkauf

Müllers Modehaus
Spangenberg - Burgstraße.

Zum Weihnachtsfeste

empfehle ich

Ia. Weizenmehl und alle Backzutaten
Honigkuchen, Spekulatius, Lebkuchen
Eiswaffeln, Weihnachtsbehang (Zucker)
Schokoladen, Pralinen, Krachmandeln
Bonbonieren
in reicher Auswahl

Täglich frisches Tee- und Kaffeegebäck.

Bestellungen für Stollen u. Torten werden entgegengenommen

Heinrich Kerste, Bäckermeister

„Meine Frau war über 50 Jahre mit
einer böhlichen“

Flechte

behaftet. Rein
gelindes Flechten hatte sie
auf dem Veste. Durch Jüder's
Patent-Mehlmehl-Selge wurden die
Flechten in 3 Wochen beseitigt. Die Selge
ist Zahnweiss. 40 Stk. 50 Pf. (18/10), 20 Stk. 1.- (25/10) und 10 Stk. 1.50
(30/10). (härte Form). Dazu (Juchooch)
Crema 45, 65 u. 90 Pf. In allen Apothe-
ken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

Feinste
Weihnachtsstollen
u. sonstiges Weihnachtsgebäck
**Apfelsinen,
Schokolade,
frisch gebr. Kaffee
C. Blumenstein**

Reines Rüboel
empfiehlt
Richard Mohr.

Unserm Turnbruder
Wilhelm Blumenstein
u. Gemahlin
zur silbernen Hochzeit
ein dreifaches „Gut Heil“
Turnverein „Froher Mut“

Übler Mundgeruch

entstehen das schäblichste Kniff. Welche Schönheitsfehler werden oft schon durch
einmaliges Bühen mit der herrlich erfrischenden Zahnweiss Chlorodont be-
seitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen
Ebenbeinang, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung
der dafür eigens konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste**
mit gezähntem Borstenmittel. Gullende Speisereste in den Zahn-
zwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich
damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube
zu 60 Pf. **Chlorodont-Zahnbürste** für Kinder 70 Pf., für Damen
80 Pf. 1.25 (weiche Borsten), für Herren 80 Pf. 1.25 (harte Borsten). Nur echt in blau-
grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“ überall zu haben.

Ginger Nähmaschinen



Eine
Erleichterte
Zahlungsbedingungen

SINGER mit Motor u. Nählicht

Mein sehnlichster Weihnachtswunsch

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
Eschwege, Marktstraße 39

Inserieren bringt Gewinn!